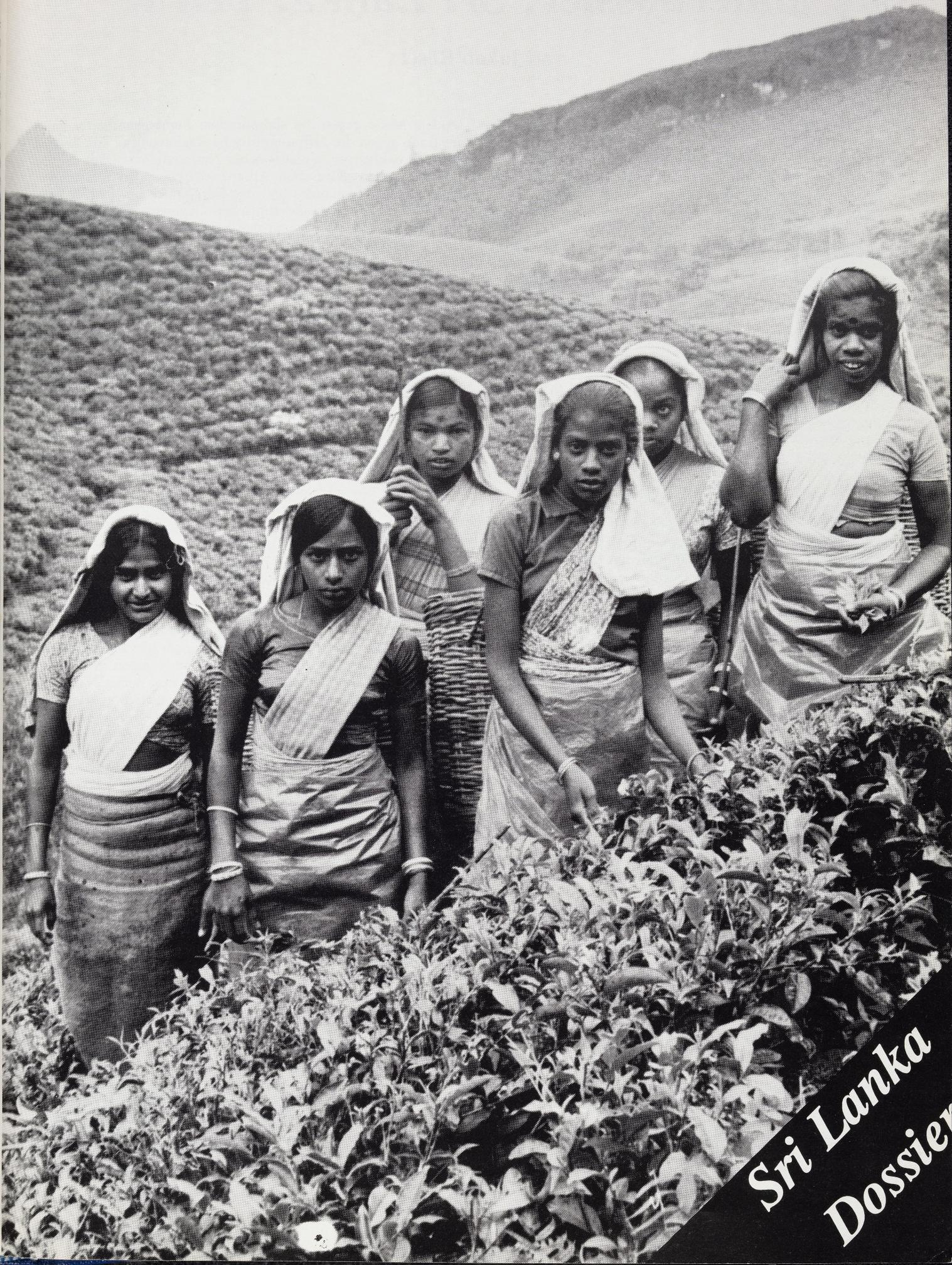


fangreich...
ne Relevanz...
noch, aber...
erweile von...
t in Ser...
e Universit...
ndischen...
n wird zw...
aufrecht...
alte der...
oko auch...
on für...
ie die...
ter-Ghats...
n in M...
ie die...
in Orissa...
on jedoch...
tarakh...
nie auf...
wenn...
mehr für...
och and...
Weise von...
en prof...
der Zeit...
er wurde...
el Finger...
und sie...
eit verfü...
d mangel...
verbreit...
st so m...
atliche...
na 'Simp...
Milliarden...
te Hoch...
nach Jap...
bei 'Simp...
vor dies...
it der...
n staatl...
beiter org...
istischen...
'Congre...
aktiv. In...
lt demge...
che Eng...
dasien 60



**Sri Lanka
Dossier**

Länderdossier: Sri Lanka, Teil II

von Jakob Rösel

Der Kautschuksektor

Neben den unter Tiefland-sinhalesischer Kontrolle stehenden Kokossektor tritt schließlich seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts im Bereich der südlichen Ausläufer des Berglandes ein Kautschukplantagenssektor: Er steht sowohl unter britischer wie Tiefland-sinhalesischer Kontrolle und in ihm arbeiten sowohl Kulis wie sinhalesische Tagelöhner. 1920 hat sich dieser Sektor auf rund 200.000 ha ausgedehnt. In den 20er Jahren erreicht damit der Plantagenssektor eine Größe - rund 800.000 ha - und eine Zusammensetzung - rund die Hälfte Kokos, je ein Viertel Tee und Kautschuk - die er sich im wesentlichen bis heute bewahrt hat - 1991: 419.000 ha Kokos; 222.000 ha Tee; 199.000 ha Kautschuk.

Die letzte und entscheidende Kolonialphase, die britische, hat damit im Hochland aber auch in großen Teilen des Tieflandes weitgehende ökonomische, soziale und ethnische Umschichtungen ausgelöst. Die Insel wird in eine neue Weltökonomie eingebunden und in extremer Weise vom Export von drei Plantagenprodukten abhängig. Der Plantagenssektor bildet aber keine von der traditionellen Landwirtschaft und den beiden sinhalesischen Gesellschaftsstrukturen isolierte Enklave. Er fördert den Aufstieg einer Tiefland-sinhalesischen Elite und er konserviert die Machtstellung der Kandy-Aristokratie. Er führt in beiden Gesellschaftsstrukturen zu wachsender Landknappheit und - wie sich während der Malaria-Epidemien der Weltwirtschaftskrise 1928 zeigt - zu weitverbreiteter Unterernährung. Zugleich fördert die Plantagenexpansion eine Umwandlung der sinhalesischen Bauern zu 'small-holders', die jetzt auch versuchen, aus dem Anbau von Tee, Kokos und Kautschuk kleine Gewinne zu ziehen. Schließlich führt die Expansion der Teeplantagen zur Ansiedlung einer neuen, einer verachteten und wachsend diskriminierten ethnischen Minderheit. Die weitgehend ungeplante und kaum gesteuerte dreifache Transformation prägt in der Folgezeit, zumindest indirekt, die ökonomische, soziale und politische Entwicklung der Insel. Diese bis in die Gegenwart fortdauernde Prägung wird allerdings nur verständlich durch die Schilderung der neuen politischen Strukturen und Konflikte, die sich bereits im Vorfeld, verstärkt aber nach der Unabhängigkeit Ceylons, herausbilden.

Die historische Entwicklung seit der Jahrhundertwende

Die ökonomische Transformation der Insel hat zur Bildung einer neuen einheimischen Elite beigetragen. Zu dieser Kompradorenschicht zählen die Tiefland-sinhalesischen Händler und Unternehmer, und die Kandy-sinhalesischen Aristokraten und Rentiers, die diese oft niederkastrigen Aufsteiger sowohl verachten wie beneiden. Zu dieser Elite gehören aber auch Jaffna-tamilische Beamte und Spezialisten - der 'liberal professions' - die in der Kolonialverwaltung, in Colombo und in den kolonialen Verwaltungszentren, Fuß gefaßt haben und wenige reiche muslimische Händler.

Diese Elite ist ethnisch heterogen, aber keineswegs ethnisch integriert. Ein im 19. Jahrhundert erneuerter Buddhismus, der seit der Jahrhundertwende in einen militanten sinhalesischen Nationalismus umschlägt, prägt in wachsendem Maße diese Tiefland-sinhalesische Unternehmerschicht, er fördert deren soziale und ideologische Annäherung an die Kandy-Aristokratie und er richtet sich schließlich in wach-

sendem Maße gegen die südindischen Plantagenarbeiter und am Ende gegen die Jaffna-tamilische Beamtenelite. Ein neuer ethnisch exklusiver, sinhalesischer Nationalismus trägt damit zu einer neuen politischen Allianz zwischen den Führungsschichten des Tieflandes und des Berglandes bei und er begründet schließlich einen ethnischen Gegensatz zwischen der sinhalesischen Mehrheit und den beiden tamilischen Minderheiten.

Zu der ideologischen Durchsetzung und wachsenden Breitenwirkung eines vorrangig anti-tamilischen und weniger anti-imperialistischen sinhalesischen Nationalismus trägt aber unfreiwillig eine politische Reform bei, mit der die Kolonialmacht 1930 die einheimischen Elitvertreter überrascht.

1930 läßt die Kolonialmacht - unter der 'Donoughmore Constitution' - nicht nur eine weitgehende Regierungsmitverantwortung der einheimischen Elite zu, sondern sie führt auf Ceylon ein allgemeines Wahlrecht ein. Das erste hatten die im 'Ceylon National Congress' (CNC) seit 1919 formierten sinhalesischen Elitvertreter seit langem gefordert, das zweite hatten sie abzuwehren versucht. Die sinhalesische Elite sieht sich nun mit der weitgehenden Kontrolle über die Regierungsgeschäfte ausgestattet und gleichzeitig mit dem Verlust ihrer traditionellen Vorrangstellung und dieser neuen Herrschaftskontrolle bedroht: Denn das allgemeine Wahlrecht, und damit die potentielle Herrschaft der ethnischen oder sozialen Mehrheiten, bedroht jetzt nicht nur die beiden tamilischen Minderheiten mit einer künftigen politischen Ohnmacht, es bedroht auch die alte soziale und neue ökonomische Machtstellung der sinhalesischen Honoratioren und Kompradoren. Um sich die Stimmenmehrheit, den Zugang zur Macht und ihre traditionelle Stellung zu bewahren, macht sich die sinhalesische Elite jetzt rasch einen gegen die Tamilen gerichteten reformierten Buddhismus und neuen Nationalismus zu eigen. Auf dieser Grundlage versucht sie, wie sich zeigt mit Erfolg, ihre Führungsposition gegenüber der sinhalesischen Mehrheit mit neuen, politischen Mitteln zu behaupten. Sie lenkt die weitverbreitete und sie gefährdende Kritik an der wachsenden Landknappheit und Verelendung der sinhalesischen Bauern jetzt auf die britischen 'Agency Houses' und die tamilischen Plantagenarbeiter um; sie verspricht, die Zuwanderung südindischer Kulis und Geldverleiher und den Einfluß Jaffna-tamilischer Beamter zu begrenzen. Die für sie gefährliche Forderung nach einer Landreform konterkariert sie mit dem Versprechen einer Landerschließung in der Trockenzone. Sie verspricht also die Rückgewinnung der ursprünglichen, geheiligten und vorgeblich von tamilischen Invasoren zerstörten Heimat der Sinhalesen.

Nachdem es den sinhalesischen Honoratioren in immer stärkerem Maße gelingt, die sinhalesischen Wähler an den CNC zu binden, setzt auf seiten der beiden Minderheiten ebenfalls eine Bildung ethnischer Parteien und eine ethnische Parteienorientierung ein. Bis 1948 ist mit der 1946 aus dem CNC hervorgegangenen 'United National Party' (UNP) schließlich eine pro-sinhalesische Honoratiorenpartei, also noch keine bürokratisch organisierte ethnisch exklusive Massenpartei entstanden. Ihr steht mit dem 1944 gegründeten 'Tamil Congress' (TC) eine von der Jaffna-tamilischen Beamtenelite dominierte Partei der Sri Lanka-Tamilen gegenüber und mit dem 1939 gegründeten 'Ceylon Indian Congress' (CIC) ist eine von tamilischen Gewerkschaftsführern

und südindischen Händlern geführte Partei der tamilischen Plantagenarbeiter entstanden. Auf die Stimmen der sinhalesischen Wählermehrheit gestützt, können CNC und später UNP mühelos die absolute Mehrheit im 'Legislative Council' erreichen, die Regierungskontrolle monopolisieren und die ersten gegen die Südinder gerichteten Gesetze verabschieden.

Ethnische Gegensätze

Ein zu Beginn nur von buddhistischen Reformkreisen und einer kleinstädtischen Intelligentsia vertretener anti-tamilischer sinhalesischer Nationalismus ist damit von der sinhalesischen Elite aus letztendlich innenpolitischen Überlegungen heraus aufgegriffen und aufgewertet worden. Die erste ethnische Blockbildung zieht weitere nach sich. Auf der Ebene des Parteispektrums verankert, beginnt sich in der Folgezeit der ethnische Gegensatz eigenständig, also politisch zu verschärfen. Nach der Unabhängigkeit der Insel, 1948, führt eine weitere Veränderung des ethnischen Parteispektrums schließlich eine Parteienkonstellation herauf, die den ethnischen Gegensatz zum Dauerkonflikt und schließlich zum Bürgerkrieg steigert.

Zwei von der scheidenden Kolonialmacht bewußt der ersten unabhängigen UNP-Regierung überlassene Fragen lösen diese verhängnisvolle Veränderung des Parteispektrums aus: Soll den südindischen Tamilen weiterhin ein - provisorisches - Bürger- und damit Wahlrecht zugestanden werden? Und: Welche Sprache, nur Sinhala oder Sinhala und Tamil, soll Staats- und Verwaltungssprache des unabhängigen Ceylon werden?

Die erste Frage berührte direkt den künftigen politischen Stellenwert der südindischen Tamilen, indirekt das politische Gewicht aller Tamilen auf der Insel. Die zweite Frage berührte zunächst die Stellung und die Karrierechancen einer Jaffna-tamilischen Beamten-schicht. Beide Fragen werden schließlich zum Nachteil der Minderheiten entschieden und diese zwei Entscheidungen bringen endgültig eine Parteienkonstellation hervor, die in der Folgezeit einen ethnischen Konflikt zwangsläufig macht: Bereits ein Jahr nach der Unabhängigkeit entzieht die an der Macht befindliche UNP faktisch der Gesamtheit der südindischen Tamilen das Bürger- und Wahlrecht. Der 'Ceylon Indian Congress' kollabiert und entwickelt sich später zu einer einflußreichen Plantagenarbeiter-Gewerkschaft zurück ('Ceylon Workers Congress', CWC). Bei dem Entzug des Bürgerrechts hatte die UNP aber die Unterstützung des Jaffna-tamilischen 'Tamil Congress' gefunden, dessen Führer sich im Gegenzug ein Entgegenkommen der UNP in der für die Jaffna-Tamilen entscheidenden Sprachenfrage versprochen hatte. Aus Protest über diesen 'Verrat' spaltet sich ein Teil des 'Congress' ab und gründet eine zweite tamilische Partei, die 'Federal Party' (FP), eine Partei, die in der Folgezeit erfolglos eine an Indien orientierte föderale Verfassung für die Insel anstrebt. Der Ausbürgerungsentscheid verringert damit das politische Gewicht aller Tamilen um fast die Hälfte und er geht einher mit der politischen Spaltung und der künftigen Bedeutungslosigkeit der noch wahlberechtigten (Sri Lanka)-Tamilen im Parteienwettbewerb.

Der "Sinhala only" Act

Die UNP schiebt die zweite, die Sprachenfrage, zunächst vor sich her. Dies gibt 1951 einem prominenten Dissidenten innerhalb der UNP, S.W.R.D. Bandaranaike die Möglichkeit, dieser Partei sinhalesischer Honoratioren Verrat an den legitimen Interessen einer sinhalesischen und buddhistischen Nation vorzuwerfen und eine eigene Partei, im Grunde eine politische, nationalistische Bewegung zu begründen. Bandaranaike nennt diese neue Partei 'Sri Lanka Freedom Party'

(SLFP). Er führt damit eine ethnisch exklusive Bezeichnung der Insel in die Politik ein. Zugleich verspricht er mit Hilfe seiner Partei der Insel nicht nur den Schein, sondern die Substanz der 'Freiheit' zu geben: Blockfreiheit, und die Freiheit von einem imperialistischen, christlichen und (süd-)indischen Wirtschafts- und Kultureinfluß.

1956 tritt er mit dem Versprechen in den Wahlkampf ein, ausschließlich die Sprache der Sinhalesen - 'Sinhala only' - zur künftigen Verwaltungs- und Staatssprache zu erheben. Das Eintreten für die Sprache der Mehrheit ist aber - das zeigt der Wahlkampf - zugleich Zeichen und Grundlage eines militanten Eintretens für die Kultur, die Religion und die Wirtschaftsinteressen der sinhalesischen Mehrheit. Bandaranaike kann nicht die Massen der bäuerlichen Sinhalesen, er kann aber deren traditionelle Führer - Mönche, Dorfvorsteher, Naturheiler und Dorfschullehrer - erreichen. Diese Gruppe mobilisiert die Mehrheit der sinhalesischen Wähler, sie sichert der SLFP 1956 den Wahlsieg und macht die Partei zugleich künftig abhängig von dieser chauvinistischen 'pressure group'. Bereits ein Jahr nach seinem überraschenden Wahlsieg hat Bandaranaike die neue Staatssprache in weiten Teilen der Verwaltung eingeführt und damit einen, nun ständig verstärkten Prozeß der kulturellen, wirtschaftlichen und schließlich territorialen Ausgrenzung der Sri Lanka-Tamilen eingeleitet. Ausschlaggebend für diese Entwicklung ist dabei, daß die unter Zugzwang geratene UNP sehr rasch die anti-tamilischen Forderungen und die Rhetorik der SLFP übernimmt und sich zumindest vordergründig die Züge einer sinhalesischen Massenpartei zu geben versucht.

Seit 1956 konkurrieren deshalb zwei sinhalesische Massenparteien um die Gunst des sinhalesischen Stimmenblocks und übertreffen sich dabei mit pro-sinhalesischen Schlagworten und Wahlversprechen, während die beiden sich befehdenden Sri Lanka-tamilischen Splitterparteien zu schwach sind, um sich als wahlentscheidende dritte Kraft und Allianzpartner einzubringen.

Zwischen 1956 und 1977 wechseln sich SLFP und UNP beständig an der Macht ab, im Rahmen von Wahlkämpfen, die von wachsend unrealistischen Versprechungen einer vorrangigen Förderung der sinhalesischen Mehrheit charakterisiert sind. Die Wahlkämpfe erhöhen die Erwartungen der sinhalesischen Wähler und die Unmöglichkeit der Regierungsparteien, sie zu befriedigen, löst den periodischen Machtwechsel aus.

Der politische Prozeß, also eine ethnisch-exklusive Massendemokratie wird damit zur entscheidenden Rahmenbedingung für eine einseitige, pro-sinhalesische Wirtschaftsentwicklung und zur Ursache einer immer stärkeren Ausgrenzung der Sri-Lanka-Tamilen. Diese Ausgrenzung wird mit Hilfe der Sprachpolitik, der Entwicklungspolitik und einer Landerschließungspolitik vorangetrieben. Diese Bereiche und Etappen einer sprachlichen und kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen und am Ende räumlichen und politischen Marginalisierung werden im folgenden kurz beschrieben.

Sprachenpolitik

Durch die Einführung des Sinhala als Staats- und Verwaltungssprache kann über die folgenden Jahrzehnte der seit der Jahrhundertwende hohe Anteil Jaffna-tamilischer Beamter im Staatsapparat stark verringert werden. Tamilische Beamte müssen jetzt Sinhala - eine für sie zumeist neue Sprache und Schrift - erlernen und tamilische Kandidaten sind in den von SLFP- und UNP-Bürokraten dominierten Prüfungsgremien bei den Eintrittsexamina gegenüber sinhalesischen Kandidaten im Nachteil. Die 'Sinhalisierung' der Staatsverwaltung führt vor allem im Polizei- und Militärapparat zu einem erdrückenden Übergewicht von sehr bald ausschließlich

buddhistischen, nicht mehr christlichen Sinhalesen. Diese Entwicklung wird von den Tamilen nicht nur als Diskriminierung, sondern als eine Bedrohung empfunden. Die Sprachpolitik wird durch eine entsprechende Bildungs- und Kulturpolitik ergänzt. SLFP und UNP bestehen darauf, daß die Kinder der jeweiligen Volksgruppe in ihrer Muttersprache unterrichtet werden. Tamil bzw. Sinhala soll jeweils als erste Fremdsprache gelehrt werden. In den Schulen der Sinhalesen besteht aber kein Interesse am Erlernen des Tamils; in den Schulen der Tamilen wird Sinhala nur im geringen Umfang angeboten. In den meisten Schulen wird das Erlernen der englischen Sprache vernachlässigt. Vor allem die Jaffna-Tamilen sehen sich deshalb in ihrer Sprache ein- und von traditionellen Aufstiegsmöglichkeiten ausgeschlossen. Dieser Ausschluß wird noch verstärkt durch die Verstaatlichung der von den Missionen geführten aber auch für Hindus und Buddhisten offenen 'Colleges'. Diese werden nun ebenso wie die Universitäten in überwiegend Sinhala-sprachige Institutionen umgewandelt. Eine Jaffna-tamilische Bildungsschicht verliert damit nicht nur den Zugang zum Beamtenapparat, sondern auch zu jenen Aufstiegs- und Bildungsmöglichkeiten, die ihr eine Karriere in den 'liberal professions' und in der Privatwirtschaft ermöglicht hatten.

Hinzu tritt eine Kulturpolitik, die in der staatlich geförderten Kulturproduktion, bei offiziellen Anlässen und in den sinhalesischen Schulbüchern die Nation der Ceylonesen mit der Nation der Sinhalesen gleichsetzt und ein Geschichtsbild propagiert, in dem die tamilischen Invasoren für den Niedergang der buddhistischen Zivilisation und tamilische Kulis, Geldverleiher und Beamte für die Armut oder die koloniale Unterdrückung der Sinhalesen verantwortlich gemacht werden.

Entwicklungspolitik

Die Entwicklungspolitik der beiden Parteien verspricht die Überwindung dieser von der Kolonialmacht und ihren tamilischen Verbündeten verursachten Armut. Da sie die Masse der Armen bei der sinhalesischen Mehrheit findet, fördert sie vorrangig die Interessen und die Siedlungszonen der Sinhalesen. Weniger der Aufbau neuer (Staats)-Unternehmen als Verstaatlichungsprozesse charakterisieren die Entwicklungspolitik der SLFP. Aber auch die marktwirtschaftlich orientierte UNP will, unter dem Druck ihrer Parteigelegschaft, auf die sich dabei einstellenden Patronagechancen nicht verzichten und verstärkt die Ausdehnung des staatlich kontrollierten Wirtschaftssektors.

Die Verstaatlichungsmaßnahmen - zuerst des Transportgewerbes, dann der großen Export- und Importfirmen, der beiden größten Hafenanlagen, der Banken und später des Plantagensektors - führen jeweils zur Entlassung tamilischer Arbeiter und Angestellter und zur Einstellung der Anhänger der jeweils herrschenden Partei, der SLFP oder der UNP. Da die Stellen in den Staatsbetrieben nicht im Rahmen von 'competitive exams' vergeben werden, verwandelt sich der expandierende staatliche Wirtschaftssektor in ein weites aber dennoch heftig umkämpftes Patronagefeld der beiden großen Parteien. Die sinhalesischen Wähler erwarten von ihren Parlamentsabgeordneten nun in erster Linie Empfehlungsschreiben, Anstellungen, Erwerbslizenzen und Ausbildungsplätze und diese durch eine wachsende Arbeitslosigkeit gesteigerten Erwartungen führen zu einer Radikalisierung der Wahlkämpfe, zu hohen Wahlbeteiligungen und zur politischen Polarisierung der Dörfer. Neue staatliche oder halbstaatliche Unternehmen werden vorzugsweise in der sinhalesischen Siedlungszone errichtet, werden sie aber in den Kleinstädten der tamilischen Ost- und Nordprovinz aufgebaut, so kommen die neuen Arbeitsplätze, die Zulieferungs-, Verarbeitungs- und Vermarktungskontrakte in erster Linie sinhalesischen

Arbeitern und Unternehmern zugute.

Die Neugründungen tragen damit dazu bei, die ethnische Zusammensetzung und die ökonomische und politische Machtverteilung in diesen Städten zu verschieben. Im Schatten einer begrenzten staatlichen Industrieförderung entsteht zugleich eine neue, kleinstädtische sinhalesische Händler- und Unternehmerschicht, die sogenannten Mudalalis, die den (Plantagen)Reichtum und Einfluß der Gründerfamilien der UNP und der SLFP beneiden, gleichwohl vollständig von den beiden Parteien abhängig sind, in diese eintreten und sie finanziell unterstützen. Damit wächst wiederum, von unten und im Kader der beiden Parteien der Druck, vorrangig Sinhalesen anzustellen und zu unterstützen. Die größte innenpolitische Herausforderung geht aber für UNP und SLFP von der wachsenden Armut, von der Land- und Arbeitslosigkeit im Agrarsektor aus.

Landerschließungspolitik

Beide Parteien versprechen in der alten 'sakralen' Trockenzone, in der heutigen Nordzentralprovinz, alte Bewässerungsanlagen instand zu setzen und neu zu errichten, um dort landlose sinhalesische Bauern anzusiedeln. Dieser mit einem nationalistischen Geschichtsbild legitimierte Plan bedroht die Sri Lanka-Tamilen mit einer Expansion der sinhalesischen Siedlungszone und einer umfassenden - nicht mehr nur städtischen - ethnischen und politischen Gewichtsverlagerung: Im Gegensatz zur offiziellen Rhetorik konzentrieren sich die Umsiedlungsprojekte nicht auf die dünn besiedelte Region um Anuradhapura. Die meisten Neusiedlerkolonien werden stattdessen im Hinterland der von Tamilen und tamilsprachigen Muslimen relativ dicht besiedelten Ostprovinz errichtet. Sie kommen fast ausschließlich Sinhalesen, nicht den ebenfalls von Landarmut bedrohten tamilischen Bauern zugute. Zudem werden auch kaum niederkastige Landlose, sondern von Landlosigkeit bedrohte Goyigama-Bauern, die Wählerklientel der UNP aber auch der SLFP, hier angesiedelt. Die Neusiedler stehen unter der vollständigen Kontrolle der beiden Parteien. Sie erhalten im Gegensatz zu der alten Bevölkerung der Ostprovinz eine großzügige wirtschaftliche Förderung und in rascher Folge werden ihre Siedlungsschwerpunkte zu eigenen Wahlkreisen erhoben.

Machten 1948 Sinhalesen weniger als zehn Prozent der Bevölkerung der Ostprovinz aus, so stieg ihr Anteil 1980 auf 30 Prozent. Diese Entwicklung erscheint den Tamilen bedrohlich, weil die Muslime der Ostprovinz - von einer in Colombo ansässigen Muslimelite kontrolliert - sich seit langem mit den Sinhalesen politisch verbündet haben. Die Tamilen und Muslime der Ostküste sehen sich deshalb mit einer unaufhaltsamen Landnahme konfrontiert und die Tamilen befürchten eine politische Machtverschiebung und ihre wachsende Bedeutungslosigkeit in der Ostprovinz. Die Stoßrichtung der Landerschließungspolitik betrifft zunächst nur die Ostküsten-Tamilen, aber die nationalistische Begründung dieser Politik bedroht die Gesamtheit der Sri Lanka-Tamilen.

In drei Bereichen, im Staatsapparat und Bildungssystem, in dem staatlich kontrollierten Wirtschaftssektor und in einem vom Staat in der Trockenzone geschaffenen neuen Agrarsektor sehen sich damit die Sri Lanka-Tamilen durch die Sprach-, Entwicklungs- und Umsiedlungspolitik wachsend benachteiligt und ausgegrenzt. Diese Maßnahmen betreffen zuerst eine Elite innerhalb der Minderheit - eine Jaffna-tamilische Intelligentsia und Beamten-schicht -, dann einen tamilischen Mittelstand - organisierte Arbeiter, Angestellte aber auch Unternehmer - und schließlich die Mehrheit der Sri Lanka-Tamilen - alle diejenigen, die von den Umsiedlungsplänen ausgeschlossen und zugleich bedroht werden. Die Maßnahmen berühren damit immer größere Segmente der tamilischen Bevölkerung und sie tragen dazu bei, diese entlang von Ka-

sten- und Regionalgrenzen gespaltene Gruppe zu einen. Die Verbitterung und das Zusammenrücken der Sri-Lanka-Tamilen gehen einher mit einer wachsenden Bereitschaft, sich von den als servile und erfolglos eingeschätzten 'Tamil Congress'- und 'Federal Party'-Politikern ab- und neuen militanten Organisationen zuzuwenden.

Es sind charakteristischerweise Kinder der Jaffna-tamilischen Beamten-schicht, vom Universitätsbesuch ausgeschlossene Schüler und zum Staatsdienst nicht zugelassene Universitätsabsolventen, die seit 1974 einen eigenen Staat für die Sri Lanka-Tamilen, ein 'Tamil Eelam' fordern. Unter dem Druck dieser Organisationen radikalisiert sich auch die beiden tamilischen Honoratiorenparteien. Sie verbünden sich 1976 zu einer 'Tamil United Liberation Front', (TULF) und fordern anstelle eines föderalen Ceylons nun einen tamilischen Separatstaat. Seit 1976 droht damit eine durch den Wettbewerb zweier sinhalesischer Parteien geschürte ethnische Konfrontation in eine Aufstandsbewegung und einen ethnischen Bürgerkrieg umzuschlagen. Bevor aber die vom Bürgerkrieg geprägte neue politische Entwicklung dargestellt wird, muß zunächst die seit der Unabhängigkeit einsetzende wirtschaftliche und soziale Entwicklung vorgestellt werden.

Wirtschaftliche und soziale Entwicklung

Die von der britischen Kolonialmacht ausgelöste und von einer küsten-sinhalesischen Wirtschaftselite vollendete Umwandlung weiter Teile des Hoch- und Tieflandes in eine Plantageökonomie führt zu einer starken Außenabhängigkeit der Wirtschaft der Insel. Der Anteil der exportorientierten Agrarproduktion, also die Plantagenproduktion, ist sehr hoch

und die Exporte der Insel konzentrieren sich zu mehr als 80 Prozent auf die drei Plantagenerzeugnisse Tee, Kokosnußprodukte und Kautschuk.

Im Gegensatz zu dem nahen Indien hat auf der Insel während der britischen Kolonialzeit keine begrenzte von britischen oder einheimischen Unternehmern getragene industrielle oder auch nur handwerkliche Entwicklung stattgefunden. Die Insel ist deshalb in umfassender Weise auf den Import von Kohle und Erdöl, Maschinengüter und anderen Fertigwaren, aber auch auf den Import von Nahrungsmitteln, insbesondere von Reis, angewiesen.

Die Ausdehnung des Plantagensektors, der Übergang der sinhalesischen 'small-holders' zum Anbau von Plantagenprodukten, das Bevölkerungswachstum und die Ansiedlung der südindischen Plantagenarbeiter machen den Import von Reis und Weizen notwendig. Das unabhängige Ceylon ist damit von einer überwiegend ländlichen, von Landlosigkeit bedrohten und nicht mehr subsistenzfähigen Bevölkerung geprägt. Auch nach der Unabhängigkeit können UNP und SLFP diese Exporteinseitigkeit und Importabhängigkeit nicht überwinden.

Bevölkerung und Landknappheit

Das Bevölkerungswachstum steigt seit der Unabhängigkeit, maßgeblich als Resultat von erfolgreichen Malariaabekämpfungskampagnen. Die Bevölkerungszunahme führt aber nicht zu Landflucht und beschleunigten Urbanisierungsprozessen.

Die Bevölkerungszunahme verschärft die Landknappheit, führt aber nicht in erster Linie zu einer sozialen Polarisierung zwischen Landlosen und Landbesitzenden. Vielmehr verwan-

Anteil der Plantagen am Exporteinkommen (in %)

| Jahr | 1951 | 1961 | 1965 | 1971 | 1975 | 1980 |
|------------------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|
| Tee | 42 | 64 | 62 | 59 | 49 | 36 |
| Kautschuk | 31 | 15 | 16 | 16 | 17 | 15 |
| Kokosnußprodukte | 17 | 12 | 14 | 14 | 10 | 7 |
| Gesamtplantagen | 89 | 92 | 92 | 89 | 76 | 58 |
| Gesamtexporte | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 |

Quelle: Donner

Der Agrarsektor in der Wirtschaft Sri Lankas

| Anteil der Landwirtschaft am Bruttosozialprodukt (in%) | | Erwerbstätige in der Landwirtschaft (in %) | |
|--|------|--|------|
| 1965 | 1984 | 1965 | 1980 |
| 28 | 28 | 56 | 59 |

Quelle: Robinson

Die Reisversorgung Sri Lankas (1946 - 1980)

| Jahr | 1946 | 1951 | 1961 | 1971 | 1975 | 1980 |
|--|--------|--------|--------------|--------|--------|--------|
| Eigenproduktion an Reis (in 1.000 Bushels) | 17.200 | 22.000 | 43.100 | 66.895 | 55.315 | 91.900 |
| Eigenproduktion an Reis als Teil des Verbrauchs (in %) | 34 | - | 62 (1963) | - | 53 | 86 |
| Nahrungsmittelimporte als % der Gesamtimporte | - | 45 | 40 | 45 | 48 | 18 |
| Reisimporte als % der Gesamtimporte | 20 | 15 | 13 | 10 | 20 | 2 |

Quellen: Peebles/Donner

delt sich die sinhalesische Bauerngesellschaft endgültig in eine Gesellschaft von 'small-holders', die von ihren Parzellen nicht mehr leben kann und in einer Vielzahl von Abhängigkeitsverhältnissen zu bessergestellten Bauern, zu Händlern und zu Bürokraten steht. 1971 rechnen sich 93 Prozent aller im Agrarsektor - unter Ausschluß des Plantagensektors - Erwerbstätigen dem 'Small holder'-Sektor zu. Als 'Small-holding' gilt dabei ein Landbesitz bis zu 8 Hektar. Mehr als 8 Hektar gelten als 'Estate'.

Zu dieser Entwicklung trägt nicht nur der Traditionalismus der Bauern, sondern auch die an einem sinhalesischen Geschichtsbild und Nationalismus orientierte Agrarpolitik der beiden Parteien bei. UNP und SLFP sind einem idealisierten buddhistischen Geschichts- und Gesellschaftsbild verhaftet und lehnen die Förderung eines Agrarkapitalismus, also die Entstehung einer von staatlicher Kontrolle freien, wettbewerbsorientierten und cash-crop-produzierenden Bauernschaft ab. Sie wollen die Agrarbevölkerung, also die Masse der Sinhalesen, in ein von Kastendünkel und Profitinteressen freies Volk, von gleichgestellten, arbeitssolidarischen und subsistenzfähigen Reisbauern zurückverwandeln. Diese rückwärtsgerichtete Utopie prägt eine widersprüchliche Agrarpolitik, die die Stagnation des Agrarsektors nicht überwinden kann.

Wie einst die Kolonialmacht, so sichert sich nun auch der unabhängige Staat die Verfügung über alle nicht ständig genutzten Flächen. In dem von Landknappheit besonders betroffenen Südwesten werden den Kleinbauern, selten den Landlosen, kleine Parzellen zur Subsistenzproduktion gegeben. Diese Parzellen dürfen aber nicht verkauft, geteilt, verpachtet oder belastet werden. Durch die Anlage von kleinen Bewässerungsteichen wird im Südwesten auch die Produktivität des Reisanbaus gesteigert. Auch die Vergabe der Parzellen in den Neusiedlerkolonien bleibt an die gleichen Auflagen gebunden. Unterhalb der offiziellen Vorgabe und Kon-

trolle und in der Abhängigkeit zu einer lokalen und korrupten Verwaltung steigern sich aber die Landfragmentierung, Systeme der Verschuldung und des 'share-cropping'. Der Staat übernimmt und kontrolliert die Verteilung von Dünger, er versucht durch Preisgarantien die Reisproduktion zu steigern und kontrolliert in starkem Umfang den Reishandel.

Unter dem Vorwand, die Bauern zu schützen und zu fördern, rückt der SLFP- oder UNP-dominierte Staat sie unter seine weitgehende Kontrolle. Diese Neigung zeigt sich besonders deutlich bei der 1975 von der SLFP durchgeführten zweiten Landreform (die erste fand 1972 statt). Dabei wird aller mehr als 50 acres (20 ha) umfassende Landbesitz verstaatlicht. Durch die Landreform fallen 982.000 acres unter Staatskontrolle - das sind u.a. 63 Prozent, 26 Prozent und 10 Prozent der Tee-, Kautschuk- und Kokosanbauflächen. Lediglich 120.000 acres werden aber an die Bauern vergeben. Der Rest wird von zwei neuen Staatsorganisationen verwaltet.

UNP und SLFP können aber auch außerhalb des stagnierenden Agrarsektors keine Wirtschaftsentwicklung auslösen, die einer schmalen sinhalesischen Unternehmerschicht Investitionsanreize und einer rasch wachsenden Bevölkerung Arbeitsplätze bietet. Denn einer solchen Entwicklungspolitik entzieht eine, wiederum aus einem buddhistischen Geschichts- und Gesellschaftsverständnis abgeleitete Sozialpolitik, die notwendigen Ressourcen. Mit dem Einsetzen des Parteiwettbewerbs zwischen UNP und SLFP sind beide Parteien gezwungen, sich an den vorgeblichen Idealen eines buddhistischen Wohlfahrtsstaates zu orientieren. Entsprechende Wahlversprechungen begründen bei den sinhalesischen Wählern Erwartungen auf weitreichende soziale Unterstützungsmaßnahmen seitens des Staates. Zu diesen nicht mehr rückgängig zu machenden Erwartungen gehören eine Subventionierung der Grundnahrungsmittel, insbesondere Reis, Speiseöl und Zucker, eine in sinhala-sprachigen Grund-

schulen vermittelte Massenbildung und der Ausbau einer medizinischen Grundversorgung. Insbesondere die Frage der Nahrungssubvention rückt neben einer anti-tamilischen Rhetorik jetzt in den Mittelpunkt der Wahlkämpfe.

Die ceylonische, insbesondere die sinhalesische Gesellschaft ist von extremer Einkommensungleichheit und von Massenarmut gekennzeichnet. Rund die Hälfte der Bevölkerung fällt unter die - in den achtziger Jahren auf 700 Rupien-Monatseinkommen festgelegte - Armutsgrenze.

Soziale Unterstützungsprogramme werden damit von den sinhalesischen Wählern frühzeitig eingefordert und sie ziehen einem längerfristigen Wirtschaftswachstum die Investitionsmittel. In dem Zeitraum von 1956 bis 1977 betragen die Ausgaben für Nahrungssubventionen - 'food subsidies' - und für den Ausbau des Schul- und Gesundheitssystems - 'social services' - zwischen 25 und 30 Prozent der Re-

gierungsausgaben, während des gleichen Zeitraumes fällt der Anteil an Investitionen, der zwischen 1948 und 1956 noch zwischen 25 und 30 Prozent gelegen hatte, auf 15 Prozent zurück. Die wachsenden Regierungsausgaben werden immer stärker durch Kreditaufnahme gedeckt, so daß 1977 der Schuldendienst bei 12 Prozent der Regierungsausgaben liegt. Diese sozialpolitische Ausgabenpriorität belastet nicht nur die langfristige Wirtschaftsentwicklung, sie bringt auch neue Strukturen und Konflikte zur Entstehung.

Die starke Konzentration der Bevölkerung auf den infrastrukturell frühzeitig erschlossenen Südwesten und die Absicht, den im Plantagensektor ausbrechenden Epidemien entgegenzutreten, haben schon die Kolonialmacht frühzeitig zum Aufbau eines für Südasien exemplarischen Gesundheitssystems bewogen. UNP und SLFP erben und erweitern diese Gesundheitsversorgung. Die Kindersterblichkeit sinkt und

Anteil der Bevölkerung Sri Lankas in Städten (1901 - 1990)

| Jahr | 1901 | 1941 | 1951 | 1961 | 1971 | 1981 | 1990 |
|-------------|------|------|------|------|------|------|------|
| Angabe in % | 12 | 15 | 15 | 18 | 22 | 22 | 21 |

Quelle: CBSL

Verteilung des gesamten Einkommens auf die höchsten 5 % und die niedersten 10 % der Bevölkerung

| Jahr | 1960 - 63 (in %) | 1970 - 74 (in %) | 1975 - 77 (in %) |
|----------------|---------------------|---------------------|---------------------|
| höchste 5 % | 26,4 | 18,2 | 18,6 |
| niederste 10 % | 4,5 | 7,5 | 7,3 |

Quelle: Robinson

Wachstum der Bevölkerung Sri Lankas (1871 - 1991)

| Jahr | Bevölkerung in Mio | durchschnittl. jährl. Wachstumsrate | Einwohner pro qkm |
|------|--------------------|-------------------------------------|-------------------|
| 1871 | 2,4 | - | 37 |
| 1921 | 4,5 | 0,9 | 69 |
| 1953 | 8,1 | 2,8 | 124 |
| 1970 | 12,5 | 2,1 | 193 |
| 1975 | 13,5 | 1,6 | 209 |
| 1980 | 14,7 | 1,8 | 228 |
| 1991 | 17,2 | 1,5 | 280 |

Quellen: Peebles; CBSL

Entwicklung des Bildungssektors auf Sri Lanka (1946 - 1985)

| Jahr | 1946 | 1963 | 1973 | 1985 |
|---|--------|--------|--------|---------|
| Alphabetisierungsquote (in %) | 58 | 72 | 78 | 87 |
| Schulbeteiligung der 5 - 14-Jährigen (in%) | 41 | 65 | 86 | 100 |
| Schulen | 5.945 | 9.303 | 9.645 | 10.039 |
| Schüler in Primary und Secondary Schools (in Mio.) | 0,9 | 2,5 | 2,7 | 3,6 |
| Lehrer | 27.000 | 81.000 | 97.000 | 148.000 |
| Universitäten | 1 | 4 | 6 | 8 |
| Universitätsabsolventen | 153 | 1.360 | 4.087 | 4.466 |
| Ausgaben für Erziehung (in Mio. Rupies) | 48 | 300 | 602 | 3.025 |

Quellen: Peebles; CBSL

Anfang der fünfziger Jahre kann mit der Malaria eine der entscheidenden Todesursachen fast vollständig ausgerottet werden. Die Bevölkerung wächst nun sehr viel rascher und sie verjüngt sich. 1881 betrug die Bevölkerung der Insel nur rund drei Millionen, zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit 1948 ist die Zahl auf rund sieben Millionen gestiegen, 1977 erreichte die Inselbevölkerung rund 14 Millionen. Derzeit wird sie auf 17,5 Millionen geschätzt. Die Hälfte der Bevölkerung ist jünger als 20 Jahre. Die Kindersterblichkeit und die Lebenserwartung entsprechen heute denjenigen der westlichen Industrieländer.

Die wachsende und jüngere Bevölkerung ist zugleich von einem aggressiven sinhalesischen Nationalismus und von steigenden Patronage- und Unterstützungserwartungen geprägt. Wie der Ausbau des Gesundheitssystems, so hält auch der Ausbau der in erster Linie für die Sinhalesen bestimmten Primarschulen mit dem beschleunigten Bevölkerungswachstum Schritt. Bereits Mitte der sechziger Jahre können rund 70 Prozent der Jugendlichen im Primarschulalter eingeschult werden und die Mehrheit der Eingeschulten erreicht einen Primarschulabschluss. Diese Massenalphabetisierung erstreckt sich - ein für Südasien wiederum einzigartiges Phänomen - auch auf die Mädchen. Das neue Schulsystem lehrt aber nicht nur Lesen und Schreiben, es vermittelt auch einen militanten sinhalesischen Nationalismus, es begründet neue Ansprüche an den Staat und neue Aufstiegsinteressen. Für die überwältigende Masse der sinhalesischen Jugendlichen endet aber die Schulausbildung mit dem Primarschulabschluss. Die Sekundarschulen werden nicht entsprechend den wachsenden Schülerzahlen ausgebaut, ebenso wenig die Universitäten. Eine auf Colombo und Kandy, aber auch noch auf Jaffna konzentrierte Wirtschafts-, Beamten- und Bildungselite bewahrt sich einen privilegierten Zugang zu knappen Studienplätzen.

Seit den sechziger Jahren werden damit immer mehr nationalistische und primarschulgebildete Jugendliche in ein Wirtschafts- und Berufsleben entlassen, das von geringen

Wachstumsraten, von wachsender Staatskontrolle und Parteipatronage und von wachsender Arbeitslosigkeit gekennzeichnet ist. Von 1956 bis 1976 wächst das Pro-Kopf-Einkommen von 627 Rupien auf 838 Rupien. Das Bruttosozialprodukt (zu konstanten Preisen) verzeichnet in diesem Zeitraum jährliche Wachstumsraten von rund vier Prozent. Die Arbeitslosigkeit wird Mitte der siebziger Jahre auf 20 Prozent der Erwerbstätigen, die Jugendarbeitslosigkeit wird auf 45 Prozent geschätzt. Obwohl die staatliche Arbeitsvermittlung - 'employment exchange' - weniger als zehn Prozent der als arbeitslos Registrierten vermitteln kann, sind 1977 dennoch mehr als eine halbe Million Arbeitslosen dort registriert.

Die unaufhaltsam wachsende Arbeitslosigkeit jugendlicher Sinhalesen wird bereits Ende der sechziger Jahre zu einem entscheidenden innenpolitischen Problem. 1970 bestreitet die UNP, vor allem aber die SLFP, den Wahlkampf mit fantastisch anmutenden Versprechungen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze: Die SLFP verspricht eine halbe Million neuer Arbeitsplätze zu schaffen, den Plantagenssektor zu verstaatlichen und die Nahrungssubventionen zu erhöhen. Die SLFP gewinnt die Wahl, kann aber ihre Versprechungen nicht einlösen. Ein Jahr später bricht ein vordergründig 'maoistischer', im Kern aber von verbitterten Sekundarschulabsolventen geführter und von Massen arbeitsloser Primarschulabgänger unterstützter sinhalesischer Jugendaufstand aus.

Der von der Volksbefreiungsfront 'Janata Vimukti Peramuna' (JVP), befehligte Aufstand kann von der SLFP nur mit Hilfe indischer, britischer, russischer und amerikanischer Militärunterstützung niedergeworfen werden. Mindestens 5.000 sinhalische Jugendliche finden den Tod, 30.000 Mitläufer werden in Umerziehungslager gebracht. Ein Jahr später führt die Regierung dann erstmals ein Verstaatlichungsprogramm durch.

(Der letzte Teil wird in der nächsten Ausgabe veröffentlicht)